

67. Abgeordneter
Andreas Bleck
(AfD)
- Erreichte der Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof (Bundesanwaltschaft) im November 2019 ein Schreiben von T. R., dem mutmaßlichen Täter des Anschlags von Hanau, das dem späteren Bekennerschreiben ähnelt?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Christian Lange
vom 2. März 2020**

Mit einer umfangreichen E-Mail vom 8. November 2019 stellte T. R. „Strafanzeige gegen eine unbekannte geheimdienstliche Organisation“, die sich nach seiner Überzeugung unter anderem „in die Gehirne der Menschen“ einklinke, um „das Weltgeschehen zu steuern“. Die Strafanzeige enthält keine rassistischen oder rechtsextremistischen Ausführungen und befasst sich nicht mit Terroranschlägen

68. Abgeordneter
Andreas Bleck
(AfD)
- Wenn ja, was unternahm die Bundesanwaltschaft daraufhin?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Christian Lange
vom 2. März 2020**

Mit Schreiben vom 18. November 2019 wurde T. R. mitgeteilt, dass sich aus seiner Sachdarstellung keine Anhaltspunkte für eine in die Zuständigkeit der Bundesanwaltschaft fallende Straftat ergeben. Die Sachdarstellung enthielt auch keine Anhaltspunkte, die auf eine Gefährlichkeit des späteren Täters hingewiesen hätten, so dass die Voraussetzungen für eine Datenübermittlung nach den §§ 13, 17 des Einführungsgesetzes zum Gerichtsverfassungsgesetz nicht vorlagen und eine Weiterleitung an eine andere Staatsanwaltschaft oder eine Polizeibehörde nicht in Betracht kam.

69. Abgeordneter
Stephan Brandner
(AfD)
- Welchen Titel und welchen Inhalt hatte die Veranstaltung am 12. Februar 2020, an der laut dem Auftritt der Bundestagsabgeordneten Elisabeth Kaiser bei Instagram, die Bundesministerin der Justiz und für Verbraucherschutz Christine Lambrecht zusammen mit der Amadeu Antonio Stiftung sowie der „Parlamentarischen Linke“ teilgenommen hat?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Christian Lange
vom 2. März 2020**

Die Bundesministerin der Justiz und für Verbraucherschutz Christine Lambrecht nahm am 12. Februar 2020 an einem Runden Tisch mit dem Titel „Drohungen und Gewalt gegen Politikerinnen und Politiker“ teil. Inhalt der Veranstaltung war das Thema Drohungen und Gewalt gegen Politikerinnen und Politiker.